



Bundesinstitut
für Bau-, Stadt- und
Raumforschung

im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung



BBSR-Analysen KOMPAKT 07/2023

Verlassene Dörfer – neue Dörfer

Der vorliegende Beitrag stellt die Perspektiven und Erfahrungen der von Umsiedlung Betroffenen in den Vordergrund und erweitert damit den Blick auf Aspekte des gesellschaftlichen Zusammenhalts in den Braunkohlerevieren. Dies betrifft ein breites Spannungsfeld. Während einerseits der Verlust lokaler Identität und das Zusammenbrechen dörflicher Strukturen drohen, bieten sich auch Chancen und Potenziale, beispielsweise hinsichtlich einer ökonomischen Besserstellung in der neuen Siedlung oder der Entstehung neuer sozialer Bindungen und gemeinschaftlicher Aktivitäten.

Der Beitrag fragt, wie Umsiedlungen im Kontext des Braunkohleabbaus von Betroffenen wahrgenommen, erfahren und gedeutet werden und welchen Aspekten und Themen sie eine besondere Relevanz zuweisen. Ein besseres Verständnis ihrer Perspektiven auf bergbaubedingte Umsiedlungen hilft einerseits bei der politischen Bearbeitung solcher Prozesse im Hinblick auf eine stärkere Legitimität und Akzeptanz durch die Betroffenen. Die Erkenntnisse leisten andererseits einen wertvollen Beitrag für zukünftige Umsiedlungsprojekte in anderen Bereichen, beispielsweise bei erwartbaren Extremwetterereignissen wie Hochwasser.

Wie Betroffene Umsiedlungen in Zeiten
des Kohleausstiegs wahrnehmen und
erfahren

von

Katharina Krause
Hanne Selling
Dr. Anika Noack

Vorwort



Foto: Schafgans DGPh

Liebe Leserinnen und Leser,

die Gleichzeitigkeit des politisch beschlossenen Kohleausstiegs und des neuerlichen Abbaggers von Dörfern zugunsten der energiewirtschaftlichen Inanspruchnahme von Braunkohle ist öffentlich umstritten. Ein politisch sensibler Umgang, vor allem mit den Betroffenen vor Ort, ist entscheidend.

Die Autorinnen stellen deshalb die Perspektiven und Erfahrungen der Menschen in den Fokus, die Umsiedlungen erfahren haben, davon künftig noch betroffen sein werden oder diese auch positiv bearbeitet haben. Die Forschungsergebnisse des Kompetenzzentrums Regionalentwicklung des BBSR in Cottbus überraschen dahingehend, dass Umsiedlungen nicht per se den Zusammenhalt vor Ort und die lokale Identität bedrohen. Gemeinsames Engagement für oder gegen Umsiedlungen kann soziale Bindungen in der Region sogar stärken – vor allem dann, wenn die Beteiligten (Politik, Verwaltung, Bergbauunternehmen, Klimaschützer) einvernehmlich Lösungen aushandeln und die Bewohnerinnen und Bewohner vor Ort Mitsprache haben.

Diese Erkenntnisse helfen bei der politischen Bearbeitung solcher Prozesse im Hinblick auf eine stärkere Akzeptanz durch die Betroffenen. Sie leisten zudem einen wertvollen Beitrag für mögliche Umsiedlungsprojekte in der Zukunft. Diese können von der potenziellen Aufgabe von Kleinstsiedlungen, die durch demografische Alterung und fehlende ökonomische Perspektiven in ihrer Funktionsfähigkeit infrage gestellt sind, über Umsiedlungen im Kontext der Planung großer Infrastrukturvorhaben bis hin zu Siedlungsverlagerungen aufgrund von Extremwetterereignissen wie Hochwasser reichen.

Notwendige Umsiedlungen, insbesondere zum Schutz von Leib und Leben, dürfen kein Tabu sein. Strategien und Szenarien für einen verantwortungsbewussten Umgang mit den dort lebenden Menschen müssen entwickelt werden. Die Perspektiven müssen klar und verlässlich sein.

Ich wünsche Ihnen eine erkenntnisreiche Lektüre.

Dr. Markus Eltges
Leiter des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung

Historischer Abriss zu bergbaubedingten Umsiedlungen in Deutschland

Insgesamt sind in den drei deutschen Braunkohlerevieren über 400 Ortslagen dem Braunkohlebergbau gewichen. Davon waren und sind über 130.000 Menschen betroffen. Mit der Deutschen Einheit setzte sich auch in den ostdeutschen Bundesländern das Modell der gemeinsamen Umsiedlung durch, wodurch Kriterien der Sozialverträglichkeit in den Mittelpunkt rückten.

Bis in die 1920er-Jahre war es üblich, Siedlungen im Zuge der Tagebauplanung auszusparen und die entsprechenden Ortslagen zu umfahren. Mit der Einführung von Großtagebauen aufgrund eines rasch ansteigenden Energiebedarfs und der damit einhergehenden Nutzung von Tagebaugroßgeräten nahm die Flexibilität der Bergbaubetreibenden ab, die gewachsenen Landschaft mit dazugehörigen Siedlungen zu bewahren. Dadurch kam es zu ersten (Teil-)Ortsverlagerungen in allen Förderräumen. Bis 1950 blieben solche Umsiedlungen eher Einzelfälle. Ein Anstieg des Kohlebedarfs nach

dem Krieg, zunehmende Förderkonzentrationen und das Vorrücken der Tagebaue in bisher nicht erschlossene Gebiete ließen Siedlungsverlegungen zur Normalität werden.

Bis 1990 fanden Umsiedlungen auf einem konstant hohen Niveau statt, wobei die Zeiträume der höchsten Umsiedlungsintensität in den Braunkohleabbaugebieten des Rheinischen, Mitteldeutschen und Lausitzer Reviers unterschiedlich datiert sind. Der Umsiedlungsschwerpunkt koppelt sich dabei an den Zeitraum der Förderhöchstmenge (vgl. ARL 2000: 47 ff.).

Braunkohleabbaugebiete

Mit dem Investitionsgesetz Kohleregionen (InvKG) stellt der Bund den Braunkohlerevieren bis 2038 40 Milliarden Euro zur Verfügung, um die betroffenen Regionen zu unterstützen sowie Wachstum und Beschäftigung zu schaffen. Nach § 4 InvKG bilden folgende Landkreise und kreisfreie Städte die Kulisse der Fördergebiete:

Lausitzer Revier:

- Brandenburg: Landkreis Elbe-Elster, Landkreis Oberspreewald-Lausitz, Landkreis Dahme-Spreewald, Landkreis Spree-Neiße, kreisfreie Stadt Cottbus
- Sachsen: Landkreis Bautzen, Landkreis Görlitz

Mitteldeutsches Revier:

- Sachsen: Landkreis Leipzig, Stadt Leipzig, Landkreis Nordsachsen
- Sachsen-Anhalt: Burgenlandkreis, Saalekreis, kreisfreie Stadt Halle, Landkreis Mansfeld-Südharz, Landkreis Anhalt-Bitterfeld

Rheinisches Revier:

- Nordrhein-Westfalen: Rhein-Kreis Neuss, Kreis Düren, Rhein-Erft-Kreis, Städteregion Aachen, Kreis Heinsberg, Kreis Euskirchen, Stadt Mönchengladbach
-

Tabelle 1

Vergleich der Umsiedlungsaktivitäten der Braunkohlereviere im Rheinischen, Mitteldeutschen und Lausitzer Revier für den Zeitraum 1919 bis voraussichtlich 2038

	Rheinisches Revier	Mitteldeutsches Revier	Lausitzer Revier
Umgesiedelte Einwohnerinnen und Einwohner	42.789	54.137	28.978
Voll oder teilweise beanspruchte Orte	124	147	140

Hinweis: Die tatsächlichen Zahlen können aufgrund aktueller politischer Beschlüsse leicht abweichen.

Quelle: eigene Darstellung nach Berkner (2022)

Die Gesamtzahlen der umgesiedelten Einwohnerinnen und Einwohner sind Tabelle 1 zu entnehmen. Insgesamt mussten über 400 Ortslagen dem Braunkohlebergbau weichen. Davon sind über 130.000 Menschen betroffen, wobei im Rheinischen (Lützerath) und im Lausitzer Revier (Mühlrose) letzte Umsiedlungen noch bevorstehen oder kürzlich abgeschlossen wurden. Die im Vergleich zum Mitteldeutschen Revier geringeren Zahlen sind in der Lausitz auf eine geringere Bevölkerungsdichte und im Rheinischen Revier auf eine hohe Lagerungsdichte der Braunkohle und somit eine geringere bergbauliche Flächeninanspruchnahme zurückzuführen (vgl. ebd.: 48)

Die Umsiedlungspraxis wurde in der BRD und der DDR auf unterschiedlichen Wegen bestritten. Im

Rheinischen Revier fand seit den 1950er-Jahren das Konzept der Gemeinsamen Umsiedlung Anwendung, wodurch das bestehende Dorfgefüge unter weitgehender Selbstbestimmung der Betroffenen und einer entsprechenden Entschädigungsleistung nach dem Bundesberggesetz zumeist erhalten bleiben konnte. Im Gebiet der ehemaligen DDR waren sogenannte „Kohleersatzwohnungen“ in Plattenbaugebieten in regionalen Zentren Bestandteil der Siedlungsverlagerung (vgl. ebd.: 49). Dies dominierte die Verlusterfahrungen ebenso wie die intransparenten Entscheidungswege, die Entschädigung durch eher symbolische Beträge sowie die Auflösung der gemeinschaftlichen Strukturen (vgl. Kabisch 2018: 89).

Nach der Wiedervereinigung wurde in den neuen Bundesländern das

Modell der Gemeinsamen Umsiedlung übernommen. In den Mittelpunkt rückten dabei Kriterien der Sozialverträglichkeit (Angebot der gemeinsamen Umsiedlung, bürger-nahe Kommunikation, Planung mit den Bürgerinnen und Bürgern, angemessene Entschädigung, bedarfsorientierte Unterstützung, Chancen für die Kommunalentwicklung) (vgl. Lögters 2009). Eine von der Dorfgemeinschaft akzeptierte Wohnortalternative, der Erhalt des Sozialgefüges sowie angemessene finanzielle Entschädigungsleistungen minimierten die Verlusterfahrungen und ließen die Siedlungsverlagerungen zu einem verkraftbaren Vorhaben für die Beteiligten werden (vgl. Kabisch 2018: 89).

Soziale Folgewirkungen von Umsiedlungen – Ein Blick in die Literatur

Soziale Folgewirkungen von Umsiedlungen manifestieren sich typischerweise im Verlust materieller Ressourcen und sozioökonomischer Beziehungen, Gefühlen von Entwurzelung sowie negativen Auswirkungen auf die physische und psychische Gesundheit von Betroffenen.

Umsiedlungen aufgrund von Entwicklungsprojekten (development projects) gehören neben katastrophenbedingten Relokalisierungen weltweit zu den einflussreichsten Gründen für Verdrängung (vgl. Bora/Voiculescu 2021: 578 f.; Terminski 2012). Der Abbau von Kohle führt daneben auch zu räumlichen Veränderungen, die auch die lokale Bevölkerung außerhalb der Umsiedlungsstandorte betrifft. Hierzu zählen unter anderem der Wegfall land- und forstwirtschaftlicher Nutzfläche, sinkende Grundwasserstände, Erdbeben und intensive Bodenerosionen (vgl. Đukićin et al. 2014: 44).

Wie Terminski (2012) beobachtet, können diese Veränderungen zum Verlust materieller Ressourcen und sozioökonomischer Beziehungen führen. Insbesondere dort, wo Personen ein hohes Maß an Zugehörigkeit zu ihrem Ort wahrnehmen (place attachment), können Umsiedlungen Gefühle der Entwurzelung zur Folge haben. Diese können auch nachfolgende Generationen prägen und dazu führen, dass jüngere Menschen die tradierten Identitätskonstrukte ihrer Verwandten auch ohne einen direkten Bezug übernehmen (vgl. Bora/Voiculescu 2021: 583 f.).

Zudem bedeuten Umsiedlungen auch einen Kontrollverlust über das eigene Land und den öffentlichen Raum. Gleichzeitig ist die Braunkohle seit Jahrzehnten Teil der regionalen Identität und ihr Bezugspunkt (vgl. Ratajczak 2008: 30).

Umsiedlungen können sich negativ auf die Gesundheit der Betroffenen auswirken. So ist das Risiko erhöht, dass interfamiliäre Konflikte, Solastalgie und Stress auftreten, wobei Frauen hier tendenziell stärker betroffen sind (vgl. Krüger et al.

2022: 8 ff.; Kideckel 2004: 53 f.). Albrecht (2014: 50) versteht Solastalgie „als eine besondere Form psychoterratischen Leidens, verursacht durch negativ wahrgenommene und empfundene Veränderungen der heimatlichen Umgebung [...] [kurzum] als ‚Heimweh, das man hat, wenn man noch zu Hause ist‘“.

Krüger et al. (2022) untersuchten den Zusammenhang von bergbaulicher Aktivität und mentaler Gesundheit der lokalen Bevölkerung im Umfeld des Tagebaus Garzweiler. Ihre quantitative Untersuchung differenzierte die Bevölkerung in drei Gruppen:

- wurden bereits umgesiedelt
- zukünftig von Umsiedlung Betroffene
- Randbetroffene im näheren Tagebauumfeld (vgl. ebd.: 5).

Alle drei Gruppen wiesen eine hohe psychische Belastung auf, die zwei bis 7,5-mal über dem Bevölkerungsdurchschnitt liegt (vgl. ebd.: 14). Dabei waren die Belastungen in der Gruppe derjenigen, welche in Zukunft von einer Umsiedlung betroffen sein werden, am höchsten.

Neben diesen Auswirkungen auf die psychische Gesundheit können sich Staub, nächtlicher Lärm und Erschütterungen durch den Braunkohleabbau ebenso negativ auswirken (vgl. Gabler 2021: 279; Baur/Schwartzkopff 2015: 24). Auch Bewohnerinnen und Bewohner von Siedlungen in enger Nachbarschaft zu Tagebauen sind solchen Belastungen ausgesetzt. Trotz ihrer Randbetroffenheit erfahren sie im Vergleich zu den Umsiedlungsbetroffenen keine finanzielle Kompensation, wodurch soziale Konflikte zwischen Umgesiedelten und Dagebliebenen aufkeimen können (vgl. Berkner 2009: 18).

In Verbindung mit möglichen negativen sozioökonomischen und gesundheitlichen Folgen von Umsiedlungen sowohl auf individueller als auch auf kollektiver Ebene stellt sich die Frage, inwiefern diese – verbunden mit erhöhten Unsicherheiten – die politischen Einstellungen der betroffenen Bevölkerung beeinflussen. Bisherige Forschungen weisen darauf hin, dass insbesondere in ländlichen Gebieten, in denen im Vergleich zu Städten verstärkte Benachteiligungen wahrgenommen werden (perceived deprivation), vermehrt Ethnozentrismus, Demokratieskepsis und „rechte Einstellungen“ auftreten. Letztere werden insbesondere durch den Bildungsgrad beeinflusst (vgl. Salomo 2019a: 18 f., 2019b: 114 f.). Im Kontext der Lausitz merkt Gabler (2021: 270) an, dass weniger eine generelle Unzufriedenheit, sondern vielmehr ein Repräsentationsproblem Grund für die „politische Empörung“ sein könnte.

Auch die Rolle der Frauen wird in der Forschungsliteratur reflektiert. So sind Frauen häufig anders und teils stärker von Bergbau und einhergehenden Entwicklungen betroffen, unter anderem durch unterschiedliche Rollenzuschreibungen und entsprechende Beteiligungsmöglichkeiten (sowohl im privaten als auch im institutionellen Kontext). Gleichzeitig ist bekannt, dass Frauen Energietransformationen unter anderem aufgrund unterschiedlicher Sozialisation und Rollenzuschreibungen anders wahrnehmen als Männer und diesen positiver gegenüberstehen (vgl. Żuk/Pacześniak 2020: 2 f.). Andererseits wird die Betroffenheit von Frauen kritisch hinterfragt, um zum Beispiel Darstellungen als lediglich passiv Betroffene und dem Prozess ausgelieferte Personen zu vermeiden (vgl. Lahiri-Dutt 2012: 200). Vielmehr waren Frauen historisch, beispielsweise bei Streiks und im Kontext weiterer Formen politischen Aktivismus, stark engagiert (vgl.

Lahiri-Dutt 2012: 199; Kideckel 2004: 50; Walk et al. 2021: 16 f.).

In der Lausitz spielt zudem die Zugehörigkeit zu den Sorben/Wenden eine besondere Rolle bei der lokalen Identität, da lokale Traditionen verstärkt negativ von Umsiedlungen betroffen sein können. In der Lausitz wurden Umsiedlungen primär in sorbisch-wendisch geprägten Orten vorgenommen, unter anderem in der Stadt Spremberg (vgl. Laschewski et al. 2021: 23). Es wurde sogar ein Zusammenhang zwischen der Intensität des Rückgangs sorbischer Sprache und Kultur und dem Braunkohleabbau festgestellt, allerdings auch, dass Umsiedlungen zu einer verstärkten Auseinandersetzung mit der eigenen kulturellen Identität führen können (vgl. ebd.: 9, 28; John 2007: 22).

Qualitativer Methodenmix

Die Verschränkung unterschiedlicher qualitativer Methodenzugänge erlaubt es, heterogene Aspekte der Umsiedlungsthematik zu erfassen. Der gewählte Methodenmix macht sichtbar, dass neben tendenziell negativ konnotierten sozialen Folgewirkungen von Umsiedlungen auch positiv bewertete Aspekte wie die Entstehung neuer sozialer Bindungen die Umsiedlungsprozesse begleiten können.

Um dem explorativen Charakter der Studie gerecht zu werden, wurde ein qualitatives, an der ethnografischen Forschung orientiertes Forschungsdesign angewendet. Es erlaubt, den Erfahrungen und Narrativen der Befragten den notwendigen Raum zu verschaffen.

Im Kern der empirischen Forschung standen leitfadengestützte Interviews mit thematischen Auswahlkarten. Diese partizipative Methode orientiert sich an der „card sorting technique“ (Conrad/ Tucker 2019: 398). Sie bietet den Vorteil, dass sie einen spielerischen Zugang zum Interview ermöglicht, der die Befragten zum freien Sprechen ermutigen kann. Zudem können kritische Themen eigenbestimmt aufgegriffen oder ausgespart werden (vgl. Sutton 2011: 186 f.; Saunders 2021; Conrad/ Tucker 2019).

Zur Anwendung kam eine hybride Form des Interviews mit offenen und geschlossenen Auswahlkarten (vgl. Conrad/Tucker 2019). Die Themen wurden zunächst deduktiv aus der Literaturanalyse abgeleitet:

- Gemeinschaft
- Heimat
- Konflikt
- Politik
- Frauen
- Beteiligung
- Gesundheit

Es wurde darauf geachtet, alltägliche und verständliche Begriffe zu nutzen, um allen Interviewpartnerinnen und -partnern (IP) zu ermöglichen, sie in ihren individuellen Bedeutungskontext einzuordnen. Um trotz Berück-

sichtigung individueller Narrationsgewohnheiten, Erzähllogiken und thematischer Schwerpunktsetzungen eine Vergleichbarkeit zu ermöglichen, wurde zu jeder Auswahlkarte ein Leitfaden mit Einzelfragen erstellt, welcher bei Bedarf hinzugezogen werden konnte.

Für die Auswahl der Interviewpartnerinnen und -partner wurden drei relevante Gruppen identifiziert: Betroffene geplanter Umsiedlungen, Betroffene erfolgter Umsiedlungen sowie Betroffene gestoppter Umsiedlungen. Da von unterschiedlichen Erfahrungen auszugehen war, wurden die Leitfragen – wo nötig – leicht angepasst, die Auswahlkarten hingegen nicht verändert.

In neun Interviews wurden insgesamt zehn Personen befragt. Ein Interview wurde mit zwei Teilnehmenden als Gruppeninterview geführt. Acht Interviewte konnten insgesamt fünf Orten zugeordnet werden. Zwei Gespräche ohne konkreten Ortsbezug erweiterten den Blick auf Umsiedlungen durch ihre Erfahrungen (vgl. Tabelle 2).

Die Forschung fokussiert Umsiedlungen im Rheinischen (RR) sowie im Lausitzer Revier (LR), da in beiden Revieren noch Umsiedlungen erfolgen beziehungsweise vor kurzem abgeschlossen wurden. Auf einen auditiven Mitschnitt der Interviews wurde verzichtet, um den Interviewpartnerinnen und -partnern die Möglichkeit zu geben, möglichst offen über ihre Erfahrungen zu berichten (vgl. Müller/Morton 2018: 140). Stattdessen wurden die Interviews parallel handschriftlich protokolliert.

Die Protokolle wurden mithilfe der Analysesoftware MAXQDA quasi-induktiv codiert (vgl. Perry/Jensen 2001).

Neben den Interviews mit Auswahlkarten wurde bei allen Interviews mit Ortsbezug auch der betroffene Ort und – sofern vorhanden – der Umsiedlungsort besucht, um das Interview um Beobachtungen zu ergänzen. Teils geschah dies in Begleitung der Interviewten. Diese

„participatory (walking) interviews“ erlauben Einblicke darin, welche Lokalitäten und physischen Manifestationen (Bauwerke, Denkmale) für die Befragten besondere Relevanz haben und welche Einstellungen und Emotionen sie mit dem gewählten Ort verbinden (vgl. Kinney 2017; Emmel/Clark 2009; Clark/Emmel 2010; Jones et al. 2008; Kühl 2015). Die Triangulation dieser qualitativen Methodenzugänge erlaubte es, verschiedene, sich teils ergänzende Aspekte der

Umsiedlungsthematik zu erfassen (vgl. Gillham 2010; Merriam/Tisdell 2016). Ziel des qualitativen Methodenmix war es, eine theoretische Abstraktion auf die Wahrnehmungen und Perspektiven Betroffener zu erreichen, jedoch keine feldübergreifende Generalisierung. Diese geht über die Erkenntnisinteressen und Generalisierungsmöglichkeiten der empirischen Basis dieses Beitrages hinaus.

Tabelle 2

Übersicht über die geführten Interviews und die in diesem Kontext angewendeten Methoden

Interview Nr.	Revier	Betroffener Ort/Region	Umsiedlungsstatus	Methode	Interviewpartnerin und -partner (IP)
1	LR	Atterwasch	gestoppt	Interview, Beobachtung	IP 1: direkt betroffen
2	RR	Morschenich-Alt	abgeschlossen*	Interview, Ortsdurchfahrt	IP 2: direkt betroffen
3	RR	Kuckum-Alt	laufend*	Interview, Beobachtung	IP 3: direkt betroffen
4	LR	Lausitzer Revier	–	Interview	IP 4: indirekt betroffen (Nachbarschaft)
5	LR	Proschim	gestoppt	Interview, Spaziergang	IP 5: direkt betroffen
6	LR	Mühlrose	geplant	Interview, Beobachtung	IP 6: direkt betroffen
7	RR	Rheinisches Revier	–	Interview	IP 7: begleitend in offizieller Funktion
8	RR	Morschenich-Alt und -Neu	abgeschlossen*	(Gruppen-) Interview, Beobachtung	IP 8: (direkt) betroffen, auch in offizieller Funktion; IP 9: direkt betroffen
9	RR	Kuckum-Neu	laufend*	Interview, Beobachtung	IP 10: direkt betroffen

* Der Umsiedlungsprozess für die Orte Morschenich sowie Kuckum ist weitestgehend abgeschlossen. Die alte Ortslage bleibt mit Beschluss vom Oktober 2022 erhalten (vgl. BMWK/MWIDE/RWE 2022).

Quelle: eigene Darstellung

Umsiedlungsorte im Lausitzer und im Rheinischen Revier im Profil

Sowohl im Lausitzer als auch im Rheinischen Revier besitzen braunkohlebedingte Umsiedlungsprozesse eine anhaltende Relevanz. Der Stand der jeweiligen Umsiedlung unterscheidet sich in den betrachteten Orten. Insbesondere die Entscheidung zum Kohleausstieg bis spätestens 2038 (NRW: 2030) hat Einfluss auf die Entwicklungen in den betroffenen Orten.

Das Lausitzer Revier erstreckt sich auf einer Fläche von 11.726 km² über die Landkreise Dahme-Spreewald, Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neiße und die kreisfreie Stadt Cottbus in Brandenburg sowie die Landkreise Görlitz und Bautzen in Sachsen. Mit rund 1,14 Mio. überwiegend in Landgemeinden und Kleinstädten lebenden Menschen ist das Lausitzer Revier ländlich geprägt. 2021 betrug die Anzahl der Beschäftigten im Braunkohle-

bergbau 7.362 (vgl. Statistik der Kohlenwirtschaft e. V. 2022). Dies entspricht einem Anteil von 1,74 % aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im Lausitzer Revier. Mit den Tagebauen Jänschwalde, Welzow-Süd, Nochten und Reichwalde lassen sich vier Standorte des aktiven Braunkohleabbaus im Lausitzer Revier verorten.

Innerhalb des Reviers mussten dem Braunkohletagebau 140 Orte

Abbildung 1

Übersicht über die Intervieworte im Lausitzer Revier





Impressionen aus Atterwasch



Fotos: Katharina Krause (BBSR)

weichen, wovon rund 29.000 Menschen betroffen waren (vgl. Berkner 2022: 35).

Im Vergleich zum Rheinischen Revier dominierten hier Umsiedlungen mit weniger als 200 Einwohnenden, wobei Ortslagen zum Teil mehrfach betroffen waren (vgl. ebd.: 40). Im Lausitzer Revier stellt sich insbesondere die Frage kulturellen Identitätsverlusts aufgrund der sorbisch-wendischen Prägung vieler Orte (vgl. Herberg et al. 2019: 7). Im Lausitzer Revier enden die braunkohlebedingten Umsiedlungen voraussichtlich mit dem Abschluss der Umsiedlung Mühlroses. In den betrachteten Orten Atterwasch, Mühlrose und Proschim weisen die Umsiedlungsprozesse auf unterschiedliche Weise eine aktuelle Relevanz auf.

Mühlrose in der sächsischen Gemeinde Trebendorf liegt innerhalb des sorbischen Siedlungsgebiets und war bereits zwischen 1966 und 1973 von Teilortsabbrüchen betroffen (vgl. Ratajczak 2008: 24). Angesichts der geplanten Erweiterung des Tagebaus Nochten entschieden sich die verbliebenen Einwohnenden im Jahr 2008

für eine gemeinsame Umsiedlung in den nördlichen Teil der Gemeinde Schleife (vgl. Förster 2014: 383), die bis Ende des Jahres 2024 abgeschlossen sein soll (vgl. LEAG 2019). Im Oktober 2022 fanden auf 80 % der Bauparzellen des neuen Standorts Bautätigkeiten statt oder waren bereits abgeschlossen, sodass rund die Hälfte der Eigenheime bezogen waren (vgl. LEAG 2022).

Die Erweiterung des Tagebaus Welzow-Süd hätte eine Umsiedlung von Proschim bedingt, ist jedoch durch den gesunkenen Bedarf an Braunkohle nicht notwendig. Diese Änderungen wurden 2021 im aktualisierten Revierkonzept der LEAG übernommen (vgl. LEAG 2021). Daher handelt es sich bei Proschim nun um einen Ort mit Revitalisierungsbedarf, um negative Effekte der geplanten Umsiedlung zu kompensieren (vgl. ARL. 2022: 8).

Die Einwohnerinnen und Einwohner im südbrandenburgischen Atterwasch wurden 2007 über die geplante Umsiedlung ihres Ortes aufgrund der Erweiterung des Tagebaus Jänschwalde-Nord informiert

(vgl. Morton 2021). Infolgedessen organisierten sie verschiedene öffentlichkeitswirksame Protestaktionen (Sternmärsche, Petitionen, Bürgerinitiativen), um die Umsiedlung zu verhindern. Im März 2017 gab die LEAG bekannt, dass die Erweiterung des Tagebaus Jänschwalde-Nord nicht umgesetzt werde und der Ort somit weiterbestehen könne (vgl. Everts/Müller 2020; Müller/Morton 2018).

Das Rheinische Revier erstreckt sich über die nordrhein-westfälischen Landkreise Rhein-Kreis Neuss, Düren, Rhein-Erft-Kreis, Städteregion Aachen, Heinsberg, Euskirchen sowie die kreisfreie Stadt Mönchengladbach und bildet das größte Braunkohleabbaugebiet Europas (vgl. Haas und Gürtler 2019; Baur und Schwartzkopff 2015). Auf einer Fläche von 4.977 km² leben rund 2,45 Mio. Menschen, mehrheitlich in Klein- und Mittelstädten. Insbesondere der Norden des Reviers kann als überwiegend städtisch charakterisiert werden, während der südliche Teil eher ländlich geprägt ist. 2021 betrug die Anzahl der im Braunkohlebergbau Beschäftigten 8.481 (vgl. Statistik

Abbildung 2

Übersicht über die Intervieworte im Rheinischen Revier



der Kohlenwirtschaft e. V. 2022). Dies entspricht einem Anteil von 1 % aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im Rheinischen Revier. Mit den Tagebauen Garzweiler, Hambach und Inden lassen sich drei Standorte des laufenden Braunkohleabbaus im Rheinischen Revier verorten.

Rund 42.000 Menschen aus 124 Orten waren von bergbau- bedingten Umsiedlungen im Rheinischen Revier betroffen (vgl. Berkner 2022: 35). Die gemeinsame Entscheidung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), des Ministeriums für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen (MWIKE) sowie des Energieunternehmens RWE AG, die Ortschaften des dritten Umsiedlungsabschnittes des Tagebaus Garzweiler zu erhalten und Lützerath im Gegenzug zu devastieren, findet Eingang in die aktuelle Debatte (vgl. Hohnerlein 2023).

Morschenich-Alt ist Teil der Gemeinde Merzenich in Nordrhein-Westfalen und Anrainerkommune des Tagebaus Hambach. Bereits 1977 erfolgte mit der Aufstellung des Braunkohleplans die für 2024 geplante bergbauliche Inanspruchnahme des Ortes. Die Umsiedlung an den Ersatzstandort Morschenich-Neu nordöstlich von Merzenich begann 2013 und soll voraussichtlich 2024 ihren Abschluss finden. Verbunden mit dem Ausstieg aus der Braunkohleverstromung bis 2030 sowie den Klimaprotesten zum Erhalt des Hambacher Forsts, konnte 2020 die Nichtinanspruchnahme des Dorfes Morschenich-Alt vereinbart werden. Der Umgang mit der alten Ortslage stellt ein kontroverses Thema dar. Das Dorf ist weitestgehend leergezogen und bis auf wenige Grundstücke in Eigentümerschaft der RWE (vgl. Finkenberger 2022). Seine Revitalisierung und Entwicklung zum „Ort der Zukunft“ wird unter Beteiligung verschiedener Akteure angestrebt (vgl. Gelhausen o. J.).



Impression aus Morschenich-Alt

Foto: Katharina Krause (BBSR)



Impressionen aus Kuckum-Alt



Fotos: Hanne Selling (BBSR)

Kuckum-Alt ist ein Ortsteil der Stadt Erkelenz im nordrhein-westfälischen Landkreis Heinsberg. Zusammen mit den Dörfern Keyenberg, Ober- und Unterwestrich sowie Beverath lag es im ursprünglich geplanten dritten Umsiedlungsabschnitt

des Tagebaus Garzweiler II. Auch Kuckum-Alt profitierte von der Entscheidung, Dörfer innerhalb des dritten Umsiedlungsabschnitts zu erhalten (vgl. BMWK/MWIDE/RWE 2022: 4). Diesem Entschluss folgend wird es zukünftig keine

Umsiedlungen gegen den Willen der Bevölkerung geben. Da der Ortsteil aber bereits zu großen Teilen leergezogen ist, stellt sich auch hier die Frage nach zukünftigen Entwicklungen und Nutzungen der alten Ortslage.

Wie Umsiedlungen gedeutet und erfahren werden

Soziale Folgewirkungen von Umsiedlungen reichen vom Verlust lokaler Identität, dem Zusammenbrechen dörflicher Strukturen bis hin zum Aufbruch in Neues, beispielsweise durch eine ökonomische Besserstellung in der neuen Siedlung oder die Entstehung neuer sozialer Bindungen und gemeinschaftlicher Aktivitäten.

Umsiedlungen beeinflussen die Lebensrealitäten von Individuen und Gemeinschaften nachhaltig. Dies ist auch dadurch bedingt, dass der Umsiedlungsimpuls extern ausgelöst wird und zumeist nicht oder nur in der Art der Umsetzung von der lokalen Einwohnerschaft beeinflusst werden kann. Entsprechend werden die Folgewirkungen von Umsiedlungen revierübergreifend dargestellt. Wo räumliche Differenzen sichtbar werden, werden diese revierscharf beschrieben.

Mit Bekanntgabe der Umsiedlung kann sich diese nachteilig auf die psychische Gesundheit und das Wohlbefinden der Bewohnerinnen und Bewohner auswirken. Diese Erkenntnis aus der Forschungsliteratur (vgl. Krüger et al. 2022; Kideckel 2004) bestätigen auch die Interviews und Beobachtungen der Autorinnen. So wird die Umsiedlung als individuell und kollektiv aufwühlend beschrieben:

„Eine Umsiedlung macht den Ort kirre und je länger es dauert, umso schlimmer wird es.“

(IP 1)

„Es ist eine traumatisierte und entwurzelte Gesellschaft.“

(IP 6)

„Irgendwann fehlt die Kraft. Dieses Hin und Her und die ganzen Erinnerungen.“

(IP 2)

Auch werden die Umsiedlung und die damit verbundene Stimmung als bedrohlich wahrgenommen. Negative Emotionen werden dabei nicht nur der eigenen Person zugeschrieben, sondern kollektiviert und auf die Dorfbevölkerung übertragen. Der zeitliche Aspekt wird hier als die Belastung verstärkend beschrieben. Teils wird die emotionale Belastung so stark wahrgenommen, dass psy-

chische Erkrankungen wie depressive Verstimmungen und Depressionen genannt werden.

Gleichzeitig beschreiben die Interviewten, dass Hoffnung eine große Rolle für das eigene Wohlbefinden spiele und diese teils bewusst nach außen getragen würde, um das Wohlbefinden der Einwohnerschaft positiv zu beeinflussen:

„Wer Hoffnung hat, überlebt. Ansonsten wird man krank.“

(IP 6)

„Man kann Hoffnung ausstrahlen, es kann sich alles erholen.“

(IP 5)

Während solche Schlussfolgerungen zumeist auf die gesamte Einwohnerschaft bezogen werden, identifizieren die Interviewten dennoch vulnerable Gruppen, insbesondere Ältere. Ihnen wird eine besondere Last durch die Umsiedlung zugeschrieben, welche ebenso durch die genannten Effekte bedingt ist, wie durch mangelnde Unterstützung, unter anderem bei Verhandlungen:

„Einen alten Baum verpflanzt man nicht.“

(IP 3)

„Die kannst du nicht in einen Gerichtssaal stellen“

(IP 1)

Gleichzeitig weisen die Interviewten darauf hin, dass in der Umsiedlung auch Chancen liegen, da ein neues Haus zum Beispiel barrierefrei gebaut und an die individuellen Bedürfnisse angepasst werden könne. Hierin wird das Potential gesehen, länger im eigenen (neuen) Zuhause leben zu können.

Trotz der gravierenden Eingriffe des Braunkohletagebaus in die Landschaft und der Effekte der Umsiedlung zei-

gen sich Betroffene mit ihrer Heimat verbunden. Diese Verbundenheit richtet sich zum einen an sichtbare Landschaftsbestandteile, wie Wälder, Flüsse, Quellen oder Feldwege sowie lokal bedeutsame Gebäude und Orte (z. B. die Kirche oder der Rodelberg). Zum anderen umfasst sie auch immaterielle (Kultur-)Güter wie regionale Bräuche oder das Gefühl von Gemeinschaftszugehörigkeit. Auch die zumeist über mehrere Jahrzehnte andauernde Verbindung der eigenen Region zum Braunkohleabbau wird als Identitätsstiftend wahrgenommen:

„Ich kenne hier jeden Baum und Strauch. Hier ist die Niers. All das erzählt eine Geschichte des Ortes.“

(IP 3)

„Es erinnert nichts mehr an Heimat, wenn der Bagger drübergefahren ist [...] Heimat ist da, wo ich aufgewachsen bin, wo ich jeden Baum und Strauch kenne.“

(IP 4)

„Morschenich-Neu ist mein Zuhause, nicht meine Heimat.“

(IP 8)

„Die Menschen sagen immer, ihr wurdet doch entschädigt und habt Geld bekommen. Aber mit Geld kann man nicht alles bezahlen.“

(IP 2)

Umsiedlungsprozesse gehen in erster Linie mit dem wahrgenommenen Verlust der Heimat einher. Dieses Gefühl wird durch die Endgültigkeit der Devastierung der Ortschaften verstärkt. Insbesondere in der Lausitz ist damit auch ein Verlust der prägenden sorbisch-wendischen Kultur verbunden. Eine Interviewpartnerin sieht in der Umsiedlung von Mühlrose in erster Linie den „Heimatverlust der Sorben“. Es wird auch deutlich, dass der Verlust von Heimat durch die zumeist örtliche Gebundenheit des Heimatbegriffs nicht durch Entschädigungszahlungen und den Neubau von Häusern kompensiert werden kann. Die Bedeutung von Heimat wird stets von subjektiven

Empfindungen geprägt. Zudem lässt sich eine Differenzierung zwischen „Heimat“ und „Zuhause“ wahrnehmen und damit die Komplexität des Heimatbegriffs erahnen.

Im Kontext von Umsiedlungen wird deutlich, dass die Bedeutung der Heimat durch die Bedrohung des Braunkohleabbaus an Wert gewinnt oder überhaupt sichtbar wird. Auch die Anerkennung und Wertschätzung von Heimat wird als Grundvoraussetzung dafür angesehen, sich für den Erhalt des Ortes einzusetzen.

Für einige Betroffene ist es hilfreich, sich auszutauschen oder eine aktive Erinnerungskultur zu betreiben. Der Umgang mit Orten, die erhalten bleiben sollen, obwohl bereits ein Großteil der Bevölkerung umgesiedelt wurde, wird unterschiedlich bewertet. Zum einen wird hervorgehoben, dass die alte Ortslage als Erinnerungsort bestehen bleiben kann. Andere wünschen sich einen endgültigen Abschluss und präferieren einen Abriss der Ortslage.

Die Effekte einer Umsiedlung beeinflussen auch den sozialen Zusammenhalt der Dorfgemeinschaft. Bereits die Bekanntgabe einer geplanten Umsiedlung hat Potential, sich destruktiv auf den Zusammenhalt auszuwirken und zu Brüchen und Dissens in der Dorfgemeinschaft zu führen. So werden unter anderem Egoismen wahrgenommen, bei denen der eigene (materielle oder immaterielle) Gewinn im Vordergrund stehe. Teilweise wird eine Lagerbildung innerhalb der Gemeinschaft registriert:

„Es gab keine bunte Meinung, sondern nur schwarz und weiß.“

(IP 5)

„Es entstanden Abgründe, die katastrophal waren, so wie es gerade in Mühlrose ist.“

(IP 1)

„Die Gemeinschaft wird durch die Umsiedlung zerstört.“

(IP 6)

Die Wohndauer im Ort kristallisiert sich als klares Distinktionsmerkmal heraus. Die lokale Verwurzelung über einen längeren Zeitraum mit entsprechendem Bezug zu den lokalen Gebäuden und Bräuchen hat Einfluss auf die Wahrnehmung der Umsiedlung und wird als potenzielle Konfliktlinie zwischen „Alteingesessenen“ und „Neuzugezogenen“ identifiziert, da letzteren eine höhere Umzugsbereitschaft zugeschrieben wird.

Für die neu geschaffenen Orte werden hingegen Konflikte um die Lautstärke der Kirchturmglöcken befürchtet, aber auch erhöhte Grundstückspreise für freibleibende Flächen, welche eine Diversität der Zuziehenden verhindern. Letztere Sorge wird im Rheinischen Revier ausgedrückt.

Während diese Wahrnehmungen zunächst einen rein destruktiven Effekt auf die Dorfgemeinschaft zu implizieren scheinen (ebenso wie Konflikte mit Dritten), lassen sich auch gemeinschaftsbildende Elemente der Umsiedlungen feststellen. So werden Umsiedlungen als konstitutiv für die Bildung neuer Gemeinschaften und die Stärkung des sozialen Zusammenhalts im Ort beschrieben. So erzählt etwa Interviewpartner 10, dass neue Nachbarschaften entstünden und sich neue Beziehungen entwickelten.

„Der Erhalt der Dorfgemeinschaft hat vielen geholfen.“

(IP 4)

„Die Gemeinschaft hat geholfen. Sie war eine mentale Stütze und Hoffnungsschimmer.“

Mir hat es geholfen und vielen anderen auch, das weiß ich.“

(IP 1)

Neben der gemeinschaftlichen Organisation von Beteiligung beziehungsweise Protest am Umsiedlungsvorhaben nehmen die Betroffenen bereits zu Umsiedlungsbeginn bestehende organisierte Gemeinschaftsformen als

zentral wahr. Während Protestgruppierungen temporär sind, erwächst aus ihnen potentiell ein Gemeinschaftsgefühl. Im Hinblick auf ihre gemeinschaftsstiftende Funktion kommt auch den Kirchen und Vereinen eine zentrale Rolle zu, wobei im Rheinischen Revier Schützenvereine als besonders relevant eingeschätzt werden. Der Verlust der Kirchengebäude im alten Ort wird als Verlust sozialer und kultureller Identität kritisch angesehen.

Während Vereine und Kirchengemeinden zumeist positiv konnotiert werden, werden Energieunternehmen und politische Repräsentanten als zentrale und zugleich kontroverse Akteure wahrgenommen. Insbesondere die bergbautreibenden Unternehmen in den Revieren werden im Zusammenhang mit ihrer Finanzstärke als verhandlungsstark charakterisiert. Daraus resultiert Chancenungleichheit, beispielsweise bei der Ermittlung des Grundstückswerts oder der Vergabe von Grundstücken am neuen Ort:

„Wir haben als kleine Freiwillige gegen Horden von Rechtsanwälten, Gutachtern et cetera gegessen.“
(IP 05)

„Kohlevertreter lügen, ohne rot zu werden.“
(IP 1)

„Aber wie RWE mit den Menschen umgeht, ist nicht schön. Wir werden in eine Form gepresst, in die wir nicht wollen.“
(IP 3)

Daraus resultieren soziale Konflikte und ein mangelndes Vertrauensverhältnis zwischen Betroffenen und Braunkohleunternehmen. Während Erstere sich nicht ausreichend einbezogen fühlen, wird Letzteren eine Machtposition unterstellt, die es erleichtert, die Perspektiven und Wahrnehmungen der Betroffenen zu umgehen.

Die Politik hingegen wird als Entscheidungsgeberin gesehen, die

die Rahmenbedingungen festlegt. Dabei differenzieren die Betroffenen zwischen politischen Akteuren auf kommunaler und auf Landes- oder Bundesebene. Ihre Kritik bezieht sich zuvorderst auf die Bundes- und die Landesebene:

„Die Menschen hier baden aus, dass die Politik den Ausbau der erneuerbaren Energien verschlafen hat.“
(IP 3)

Akteure der Lokalpolitik werden hingegen zumeist als Kooperationspartner wahrgenommen, die Unterstützung bieten können und lokale Formen des Protests begleiten. So stellt Interviewpartner 6 fest, dass der Strukturwandel an den kommunalen Strukturen hänge und von ihnen gestaltet werde. IP 5 bezeichnet einen langjährigen Bürgermeister und dessen Unterstützerinnen und Unterstützer als die Menschen, die ihr Leben für den Ort geopfert hätten.

Politische Akteure auf der kommunalen Ebene haben damit Potential, zum Gelingen des Umsiedlungsprozesses beizutragen. Sie sind häufig wichtige Informationsknotenpunkte, die aufgrund ihrer Autorität und Legitimität Verlässlichkeit in der Entscheidungsfindung vermitteln können. Sie stehen in der Regel als Ansprechpersonen zur Verfügung und fungieren als Sprachrohre gegenüber weiteren politischen Instanzen und Bergbauunternehmen. Das macht sie zu wichtigen Multiplikatoren im Umsiedlungsprozess.

Während sich die Erfahrungen und Wahrnehmungen der Betroffenen im Hinblick auf gesundheitliche Folgen, den Umgang mit dem Verlust von Identität und Heimat, die Neuentdeckung sozialen Zusammenhalts oder die Haltung gegenüber Bergbauunternehmen und Politik über die Reviergrenzen hinweg nicht unterscheiden, deutet sich eine räumliche Differenzierung im Zusammenhang mit kulturellen Faktoren an. Hier spielt die Rolle

der sorbisch-wendischen Kultur in der Lausitz eine besondere Rolle, deren umsiedlungsbedingter Verlust gefürchtet wird:

„Das Sorbische ist bei mir nicht aufgesetzt. Und deshalb kann ich dann auch mal reingrätschen und sagen, das ist die Zerstörung der sorbischen Kultur, die voranschreitet.“
(IP 6)

In der Lausitz sind Erfahrungen und tradierte Narrationen zur Umsiedlungspraxis in der DDR relevant. Vor allem ältere Generationen reflektieren diese Praxis, die stärker auf Kohleersatzwohnungen in regionalen Zentren als auf gemeinsame Umsiedlungen und Sozialverträglichkeitsprüfungen setzte. Diese Erfahrungen wirken fort und erklären die kritische Haltung der Lausitzer Bevölkerung, auch wenn die aktuellen Prozesse positiver perzipiert werden, da ihnen mehr Handlungsspielraum und eine umfassendere Beteiligung eingeräumt wird. IP 4 beschreibt exemplarisch, dass Betroffene besser entschädigt würden als zu DDR-Zeiten.

Im Rheinischen Revier scheinen dagegen Fragen der Nachnutzung und der Wunsch nach neuen Sinnzuschreibungen für die (leerstehenden) Orte eine zentralere Rolle einzunehmen. Dies ist durch die aktuellen Beschlüsse zur Nichtinanspruchnahme der meisten Ortslagen bedingt. Der Fokus auf die Revitalisierung und Entwicklung der alten Ortslagen unter Beteiligung diverser Akteure zeichnete sich in den Interviews zum Lausitzer Revier weniger bis gar nicht ab.

Zusammenfassung und Empfehlungen

Zusammenhalt und Spaltung gehen im Kontext von Umsiedlungen Hand in Hand. Politikberatung kann entsprechend nicht eindimensional erfolgen, sondern muss die Chancen und Risiken des Prozesses abwägen und mitgestalten.

Mit dem vorliegenden Beitrag werden Perspektiven und Erfahrungen der von bergbaubedingten Umsiedlungen Betroffenen im Lausitzer und Rheinischen Revier reflektiert, insbesondere im Hinblick auf Aspekte des gesellschaftlichen Zusammenhalts in den Braunkohlrevieren. Umsiedlungen bedeuten tiefe Einschnitte in das individuelle und kollektive Leben, weshalb ein politisch sensibler Umgang mit dieser Situation gefragt ist. Dazu gehört auch, die Betroffenen rechtzeitig in die Diskussionen und Planungen einzubeziehen und ihre Sorgen ernst zu nehmen. Besonders vulnerable Gruppen sollten dabei gezielt unterstützt werden. Darüber hinaus können politische Entscheidungsträger auch an den Umsiedlungspotentialen ansetzen. Durch die Entstehung neuer sozialer Bündnisse und Interessengemeinschaften können Kompromisslösungen kollektiv ausgehandelt werden, anstatt auf eine Vielzahl langwieriger Individuallösungen zu setzen.

Eine besondere Funktion im Umsiedlungsprozess kommt Multiplikatoren zu. Hier spielen Vereine und Kirchen eine besondere Rolle. Auch kommunalpolitische Akteure können solche Funktionen übernehmen und als Multiplikatoren oder Vermittler gegenüber Bergbauunternehmen und/oder der Landespolitik agieren. Auch Umsiedlungsbeauftragte oder Dorfkümmerer nehmen sich solcher Aufgaben an. Sie sollten zugunsten eines moderaten Umsiedlungsprozesses explizit benannt und möglichst von allen Seiten (Politik, Verwaltung, Bergbauunternehmen, Bewohnerschaft) in ihrer Position legitimiert werden. Auch digitale Angebote, welche eine niedrigschwellige Chance zur kontinuierlichen Bereitstellung von Informationen bieten, sollten im Falle zukünftiger Umsiedlungen stärkere Nutzung erfahren. Dazu sollte Kommunen frühzeitig Unterstützung zur Seite gestellt werden.

Im Falle von Kuckum und Morschenich im Rheinischen Revier sollten auch die bereits umgesiedelten Menschen in die Entwicklung und Revitalisierung der alten Ortslagen, die nicht mehr abgebagert werden, einbezogen werden. Die im Februar 2023 gestartete Bürgerbeteiligung der Stadt Erkelenz zeigt beispielhaft, dass dies notwendig ist, um eine gesamtgesellschaftlich akzeptierte Zukunftsvision des Tagebaumfeldes zu formulieren.

Resümierend lässt sich festhalten, dass Zusammenhalt und Spaltung im Kontext von Umsiedlungen zeitgleich zu beobachten sind. Während Umsiedlungen keinesfalls wünschenswert oder gar erstrebenswert sind und ausschließlich als Ultima Ratio nach Ausschluss aller anderen Möglichkeiten anzusehen sind, bieten sie dennoch einen „gemeinsamen Lebens- und Erfahrungsraum“ (Osterloh/Grundmann 2019: 3) und dadurch ein Stück geteilte Identität in einer komplexen und heterogenen Dorfgemeinschaft. Umsiedlungen können zur Formung von „Schicksalsgemeinschaften“, zur (Re-)Aktivierung der Bewohnerschaft und damit zu einer sich entwickelnden und aufeinander Bezug nehmenden Dorfgemeinschaft führen, die sich nach außen entlang der erlebten Umsiedlung abgrenzt, sich aber auch gegenüber Umsiedlungsprozessen in anderen Orten distanziert (vgl. ebd.).

Solche Erkenntnisse lassen sich auf den politischen Umgang mit der Aufgabe von Kleinstsiedlungen, den Planungskontext großer Infrastrukturvorhaben und vor allem auf Siedlungsverlagerungen übertragen, die im Zusammenhang mit Extremwetterereignissen wie Hochwasser künftig häufiger zu erwarten sind.

Literatur

- ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung, 2000: Braunkohlenplanung und Umsiedlungsproblematik in der Raumordnungsplanung Brandenburgs, Nordrhein-Westfalens, Sachsens und Sachsen-Anhalts. Ergebnisse des Gesprächskreises Braunkohlenplanung. Hannover. Zugriff: <https://shop.arl-net.de/mobilitat-energie-klima/braunkohlenplanung-und-umsiedlungsproblematik.html> [abgerufen am 16.06.2022].
- ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft (Hrsg.), 2022: Braunkohlenplanung, Strukturwandel und Kohleausstieg in Deutschland. Positionspapier aus der ARL 135. Hannover. Zugriff: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0156-01353> [abgerufen am 16.06.2022].
- Albrecht, G. A., 2014: Solastalgie: Heimweh in der Heimat. Deutsche Übersetzung von Claire M. Albrecht. In: Jung, N.; Molitor, H.; Schilling, A. (Hrsg.): Vom Sinn der Heimat. Bindung, Wandel, Verlust, Gestaltung – Hintergründe für die Bildungsarbeit. Eberswalder Beiträge zu Bildung und Nachhaltigkeit, Band 3. Opladen, Berlin, Toronto: 47–60.
- Baur, A. H.; Schwartzkopff, J., 2015: Das Rheinische Revier von morgen. Den Strukturwandel gestalten. Herausgeber: E3G. Zugriff: http://www.e3g.org/wp-content/uploads/E3G_Strukturwandel_Rheinisches_Revier_2015.pdf [abgerufen am 13.03.2023].
- Berkner, A. (Hrsg.), 2009: Braunkohleplanung in Deutschland. Neue Anforderungen zwischen Lagerstätten-sicherung, Umweltverträglichkeit und Regionalplanung. E-paper der ARL, Nr. 8. Hannover. Zugriff: http://shop.arl-net.de/media/direct/pdf/e-paper_der_arl_nr8.pdf [abgerufen am 13.03.2023].
- Berkner, A. (Hrsg.), 2022: Bergbau und Umsiedlungen im Mitteldeutschen Braunkohlenrevier. Kulturstiftung Hohenmölsen. Beucha, Markkleeberg.
- BMWK – Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz; MWIKE – Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen; RWE AG (Hrsg.), 2022: Stärkung von Versorgungssicherheit und Klimaschutz – Klarheit für die Menschen im Rheinischen Revier. Politische Verständigung zwischen dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, dem Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen und der RWE AG zum vorgezogenen Kohleausstieg 2030 im Rheinischen Revier. Zugriff: <https://www.wirtschaft.nrw/system/files/media/document/file/eckpunkt Papier-rwe-kohleausstieg.pdf> [abgerufen am 11.10.2022].
- Bora, I.; Voiculescu, M., 2021: Resettlement, intergenerational memory, place attachment, and place identity in Roșia Jiu coal mine – Gorj County, Romania. *Journal of Rural Studies* (86): 578–586.
- Bunz, M.; Mücke, H.-G., 2017: Klimawandel – physische und psychische Folgen. *Bundesgesundheitsblatt, Gesundheitsforschung, Gesundheitsschutz*, 60. Jg. (6): 632–639.
- Clark, A.; Emmel, N., 2010: Realities Toolkit #13. Using walking interviews. ESRC National Centre for Research Methods (Realities). Zugriff: <http://hummedia.manchester.ac.uk/schools/soas/morgancentre/toolkits/13-toolkit-walking-interviews.pdf> [abgerufen am 21.07.2022].
- Conrad, L. Y.; Tucker, V. M., 2019: Making it tangible: hybrid card sorting within qualitative interviews. *Journal of Documentation*, 75. Jg. (2): 397–416.
- Dukićin, S.; Đorđević, J.; Milanković, J., 2014: Spatial and social changes caused by the continuous exploitation of lignite in the Kolubara lignite basin, the Republic of Serbia. *AGS* 54. Jg. (1).
- Emmel, N.; Clark, A., 2009: The Methods Used in Connected Lives. Investigating networks, neighbourhoods and communities. Herausgeber: ESRC National Centre for Research Methods. NCRM Working Paper Series 06/09. Zugriff: https://eprints.ncrm.ac.uk/id/eprint/800/1/2009_connected_lives_methods_emmel_clark.pdf [abgerufen am 21.07.2022].
- Finkenberger, I. M., 2022: Bodenpolitik und Gemeinwohl im Rheinischen Revier. Beispiel Alt-Morschenich. Aachen.
- Förster, F., 2014: Verschwundene Dörfer im Lausitzer Braunkohlenrevier. *Schriften des Sorbischen Instituts* 8. Bautzen.
- Gabler, J., 2021: Transformativ forschen – transformativ handeln: Gesellschaftliche Erneuerung in der Peripherie. In: J. Herberg, J. Staemmler, & P. Nanz (Hrsg.): *Wissenschaft im Strukturwandel: Die paradoxe Praxis engagierter Transformationsforschung*. München. 267–292.
- Gelhausen, G., o. J.: Morschenich-Alt macht sich auf den Weg zum „Ort der Zukunft“. Herausgeber: Gemeinde Merzenich. Zugriff: <https://beteiligung.nrw.de/portal/merzenich/beteiligung/themen/1000040/1000100> [abgerufen am 17.02.23].
- Gillham, B., 2010: *Case Study Research Methods*. London.
- Haas, T.; Gürtler, K., 2019: Der Kohleausstieg als Gemeinschaftsaufgabe für Bund und Länder: der Fall Lausitz. In: EZFF – Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen: *Jahrbuch des Föderalismus* 2019. Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa. Baden-Baden: 203–216.

- Herberg, J.; Gürtler, K.; Löw Beer, D., 2019: Strukturwandel als Demokratiefrage. Der Lausitzer Kohleausstieg, ein Ausstieg aus der Transformationsblockade? Berliner Debatte Initial, 4. Jg. (30): 113–124.
- Hohnerlein, J., 2023: Versammlungsfreiheit in Lützerath – zur Disposition von RWE und Behörden? VerBlog, 2023/1/13. Zugriff: <https://verfassungsblog.de/versammlungsfreiheit-in-lutzerath-zur-disposition-von-rwe-> [abgerufen am 07.02.23].
- John, R., 2007: Raum und Identität. Forschung zur Regionalen Identität in Ostdeutschland. Vita rustica & Vita urbana. Schriftenreihe zur Raumforschung (1). Zugriff: https://opus.uni-hohenheim.de/volltexte/2011/609/pdf/Vita_1n.pdf [abgerufen am 12.08.2022].
- Jones, P.; Bunce, G.; Evans, J.; Gibbs, H.; Ricketts Hein, J., 2008: Research Design: Exploring Space and Place With Walking Interviews. Journal of Research Practice, 4. Jg. (2).
- Kabisch, S., 2018: Umsiedlung – die soziale Dimension von Siedlungsaflösungen im Fokus. In: Mal über Tabuthemen reden. Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen, Mindeststandards, Wüstungen ... – worüber nur hinter vorgehaltener Hand diskutiert wird. Dezebembertagung des DGD-Arbeitskreises „Städte und Regionen“. Herausgeber: BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung. BBSR-Online-Publikation 02/2018. Bonn: 88–94. Zugriff: https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/bbsr-online/2018/bbsr-online-02-2018-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=1 [abgerufen am 19.07.2022].
- Kideckel, D., 2004: Miners and Wives in Romania's Jiu Valley: Perspectives on Postsocialist Class, Gender, and Social Change. Identities, 11. Jg. (1): 39–63.
- Kinney, P., 2017: Walking Interviews. Social research Update (67). Zugriff: <https://sru.soc.surrey.ac.uk/SRU67.pdf> [abgerufen am 21.07.2022].
- Krüger, T.; Kraus, T.; Kaifie, A., 2022: A Changing Home: A Cross-Sectional Study on Environmental Degradation, Resettlement and Psychological Distress in a Western German Coal-Mining Region. International journal of environmental research and public health, 19. Jg. (12).
- Kühl, J., 2015: Walking Interviews als Methode zur Erhebung alltäglicher Raumproduktionen. Europa Regional, 23. Jg. (2): 35–48.
- Lahiri-Dutt, K., 2012: Digging women: towards a new agenda for feminist critiques of mining. Gender, Place & Culture, 19. Jg. (2): 193–212.
- Laschewski, L.; Jacobs, F.; Nowak, M., 2021: Sorbische/Wendische Identität und Kultur im Senftenberg- Spremberger Raum. Rekultivierung sorbischer/wendischer Sprache und Kultur in einer Bergbaufolgelandschaft. Kleine Reihe des Sorbischen Instituts Bautzen, 34. Bautzen.
- LEAG, 2019: Mühlrose-Vertrag macht Weg frei für Umsiedlung. Neuer Ort entsteht auf Wunsch der Bürger im Norden von Schleife. Pressemitteilung vom 28.03.2019. Zugriff: <https://www.leag.de/de/news/details/muehlrose-vertrag-macht-weg-frei-fuer-umsiedlung/> [abgerufen am 02.01.23].
- LEAG, 2021: Revierkarte 2021. Zugriff: https://www.leag.de/fileadmin/user_upload/pdf/LEAG_Revierplanung_2021_Karte.pdf [abgerufen am 17.02.21].
- LEAG, 2022: Mühlrose feiert Richtfest für neues Dorfgemeinschaftshaus. LEAG rechnet mit Fertigstellung im 2. Quartal 2023. Pressemitteilung vom 06.10.22. Zugriff: <https://www.leag.de/de/news/details/muehlrose-feiert-richtfest-fuer-neues-dorfgemeinschaftshaus/> [abgerufen am 02.01.23].

- Lögters, C.; Hennemann, M.; Kretschmer, J.; Mayers-Beecks, E.; Köther, M.; Stemann, H.; Reeh, F., 2009: Umsiedlung und Verlegung öffentlicher Infrastruktur. In: Stoll, R. D.; Niemann-Delius, C.; Drebenstedt, C.; Müllensiefen, K. (Hrsg.): Der Braunkohlentagebau. Bedeutung, Planung, Betrieb, Technik, Umwelt. Berlin, Heidelberg: 439–446.
- Merriam, S. B.; Tisdell, E. J., 2016: Qualitative research. A guide to design and implementation. San Francisco.
- Morton, T., 2021: Contesting Coal, Contesting Climate: Materializing the Social Drama of Climate Change in Australia and Germany. *Environmental Communication*, 15. Jg. (4): 465–481.
- Osterloh, F.; Grundmann, M., 2019: Gemeinschaftlichkeit. Konturen einer mikrosoziologischen Gemeinschaftsforschung. In: Burzan, N. (Hrsg.): Komplexe Dynamiken globaler und lokaler Entwicklungen. Verhandlungen des 39. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Göttingen 2018. Zugriff: https://publikationen.sozioogie.de/index.php/kongressband_2018/article/view/1074 [abgerufen am 31.01.2023].
- Perry, C.; Jensen, O., 2001: Approaches to combining induction and deduction in one research study. Zugriff: https://www.researchgate.net/publication/255654388_Approaches_to_Combining_Induction_and_Deduction_In_One_Research_Study [abgerufen am 03.02.2023].
- Ratajczak, C., 2008: Wandel von Raum – Wandel von Identität. Das Beispiel Mühlrose. In: Norberg, M.; Kosta, P. (Hrsg.): Sammelband zur sorbischen/wendischen Kultur und Identität. Potsdam: 24–37.
- Salomo, K., 2019a: Abwanderung, Alterung, Frauenschwund - Die verkannte Gefahr für eine offene Gesellschaft. *WZB Mitteilungen* (165): 17–19.
- Salomo, K., 2019b: The residential context as source of deprivation: Impacts on the local political culture. Evidence from the East German state Thuringia. *Political Geography* 69: 103–117.
- Saunders, K., 2021: Researching relationality: Reflections on the use of concept cards during in-depth interviews. *Methodological Innovations*, 14. Jg. (2).
- Statistik der Kohlenwirtschaft e. V. (Hrsg.), 2022: Beschäftigte im Braunkohlenbergbau in Deutschland. Zugriff: <https://kohlenstatistik.de/downloads/braunkohle/> [abgerufen am 02.01.23].
- Sutton, B., 2011: Playful cards, serious talk: a qualitative research technique to elicit women's embodied experiences. *Qualitative Research*, 11. Jg. (2): 177–196.
- Terminski, B., 2012: Mining-Induced Displacement and Resettlement: Social Problem and Human Rights Issue (a Global Perspective). *SSRN Journal*.
- Walk, P.; Braunger, I.; Semb, J.; Brodtmann, C.; Oei, P.-Y.; Kemfert, C., 2021: Strengthening Gender Justice in a Just Transition: A Research Agenda Based on a Systematic Map of Gender in Coal Transitions. *Energies*, 14. Jg. (18).
- Žuk, P.; Paczeński, A., 2020: Sustainable Development, Energy Transition, and Climate Challenges in the Context of Gender: The Framework of Gender Determinants of Environmental Orientation in Poland. *Sustainability*, 12. Jg. (21).



Quelle: BBSR, Foto: Andreas Otto/BBSR

Jahresbericht des Kompetenzzentrums Regionalentwicklung 2022

Einzelpublikation, Hrsg.: BBSR, Bonn 2023

Kostenfrei zu beziehen bei: publikationen.bbsr@bbr.bund.de

Mit dem Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen vom 14. August 2020 stellt der Bund nicht nur Finanzhilfen für eine verbesserte Infrastruktur der vom Kohleausstieg betroffenen Regionen bereit, sondern fördert auch die Ansiedlung von bundeseigenen Einrichtungen und Behörden. Eine Maßnahme ist das Kompetenzzentrum Regionalentwicklung (KRE) des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR). Es arbeitet wissenschaftlich sowie praktisch, um Zukunftsperspektiven für die Regionen zu entwickeln, die durch die Energiewende vor besonderen Herausforderungen stehen. Das Kompetenzzentrum unterstützt ihre Transformation, indem es mit den Akteuren aus Forschung, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft Kooperationen eingeht, gemeinsam Lösungen entwickelt, Forschungsprojekte und Modellvorhaben realisiert sowie Formate umsetzt, die das Voneinander-Lernen unterstützen. Der Jahresbericht gibt einen Überblick über die Aktivitäten des KRE im Jahr 2022 und blickt auf zukünftige Aufgaben und Schwerpunkte.



Quelle: BBSR

Wo Neues entsteht

BBSR-Analysen KOMPAKT 07/2022, Hrsg.: BBSR, Bonn 2023

Kostenfrei zu beziehen bei: forschung.wohnen@bbr.bund.de

Die Braunkohlereviere im Lausitzer, im Mitteldeutschen und im Rheinischen Revier befinden sich in einer frühen Phase ihrer Transformation hin zu einer nachhaltigen Energieversorgung, die offiziell mit dem Inkrafttreten des Strukturstärkungsgesetzes im August 2020 eingeleitet wurde. Der Beitrag beschäftigt sich zunächst mit dem Umsetzungsstand der Bundesmaßnahme, neue Behörden und Einrichtungen in den Kohlerevieren anzusiedeln. Darüber hinaus werden die bisherigen Mittelverwendungen aus dem Investitionsgesetz Kohleregionen (InvKG) am Beispiel der Investitionsvorhaben der Länder Brandenburg und Sachsen im Abgleich mit den regionalen Entwicklungsleitbildern analysiert. Im Hinblick auf die Zielgenauigkeit der Mittelaufwendungen gibt die Autorin Empfehlungen und zeigt abschließend auf, dass die Reviere neben den Strukturstärkungsmitteln eine Reihe weiterer Fördermittel erhalten, die ebenfalls im Kontext der Strukturförderung zu lesen sind.

Herausgeber

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
 im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)
 Deichmanns Aue 31–37
 53179 Bonn

Kontakt

Hanne Selling
 hanne.selling@bbr.bund.de

Redaktion

Marius Gaßmann

Satz und Layout

Katrin Heimersheim

Druck

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung

Bestellungen

publikationen.bbsr@bbr.bund.de
 Stichwort: BBSR-Analysen KOMPAKT 07/2023

Die BBSR-Analysen KOMPAKT sind kostenfrei erhältlich und auf der Homepage des BBSR als Download abrufbar:
 www.bbsr.bund.de

ISSN 2193-5017 (Printversion)
 ISBN 978-3-98655-076-9

Bonn, 2023

Newsletter „BBSR-Forschung-Online“

Der kostenlose Newsletter informiert monatlich über neue Veröffentlichungen, Internetbeiträge und Veranstaltungstermine des BBSR: www.bbsr.bund.de/BBSR/newsletter